

## **OFFENER BRIEF an das Klimakabinett der Bundesregierung**

Walter-Kolb-Str. 1-7  
60594 Frankfurt am Main

**An die Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
11012 Berlin**

Telefon (069) 95 50 54-0  
Telefax (069) 95 50 54 11

Homepage: [www.window.de](http://www.window.de)  
E-Mail: [vff@window.de](mailto:vff@window.de)

**Frankfurt, 6. November 2019**

### **Klimapaket – und wie geht es weiter?**

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,  
sehr geehrte Frauen Ministerinnen und Herren Minister des Klimakabinetts,  
sehr geehrter Herr Kanzleramtschef Dr. Braun und sehr geehrter Herr  
Regierungssprecher Seibert,

mit dem von der Bundesregierung am 10. Oktober 2019 verabschiedeten Klimapaket haben Sie einen ersten Schritt getan, der Klimapolitik den notwendigen Schwung zu verleihen. Das wenige Tage später beschlossene „Gesetz zur steuerlichen Förderung energetischer Gebäudesanierungen“ zeigt, dass Sie sich zügig an die Umsetzung der beschlossenen Vorhaben machen. Wichtig ist, dass dieses Gesetz jetzt ebenso zügig den Bundesrat passiert, damit es tatsächlich wie angekündigt schon für das Steuerjahr 2020 gültig wird und die Planer, Bauherren und Endkunden eine entsprechende Sicherheit haben. Dafür ist auch eine unbürokratische Ausgestaltung der Details notwendig: Welche Maßnahmen werden gefördert? Wie erfolgt ihre Bewertung im Sinne des Gesetzes?

Der Verband Fenster + Fassade, die Vertretung der Fenster- und Fassadenhersteller sowie ihrer Zulieferer und Montagebetriebe, begrüßt dieses Gesetz ausdrücklich. Die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im selbstgenutzten Eigentum wurde im Interesse der klimapolitisch dringenden Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich schon lange von uns und vielen anderen gefordert. Im Übrigen können mit transparenten Bauteilen wie neuen Fenstern ja nicht nur gegenüber den Altfenstern erhebliche Heizenergiemengen eingespart werden, sondern diese dynamischen Bauteile bieten auch Energieeinspargewinne durch die Versorgung mit Tageslicht sowie solare Wärmegewinne in den kühleren Jahreszeiten, ohne dass es im Sommer zu Überhitzung kommt („Sonnenschutz“).

**Um die Potentiale an Energieeinsparmöglichkeiten im Gebäudebereich auf ganzer Breite zu nutzen, fehlt allerdings noch eine entsprechende Regelung für den gewerblichen Wohnungsbau,** eine Regelung, welche das energieeffiziente Bauen fördert, ohne dessen Wirtschaftlichkeit zu gefährden. Geeignete Mittel dazu könnten beispielsweise die Einführung einer Sonderabschreibung oder die Gewährung einer Investitionszulage sein. Die Interessen der Mieter an bezahlbarem Wohnen und der

Anreiz für Investoren müssen dabei gleichermaßen im Blick behalten werden. Dabei ermöglichen energieeffiziente Fenster dem Bauherren, die Heizungsanlage kleiner zu dimensionieren. Und dem Mieter bringen sie dauerhaft geringere Nebenkosten.

Mit diesem Brief möchten wir Sie bestärken, den jetzt begonnenen Weg Ihrer Politik konsequent weiterzugehen, also mit angemessenen Maßnahmen auf die tatsächliche Klimadramatik zu reagieren, ohne die notwendige Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen aus den Augen zu verlieren. Für eine Vertiefung der Überlegungen zu den von uns genannten möglichen Fördermaßnahmen und für weitere Erläuterungen zum Stellenwert der transparenten Gebäudehülle in der energetischen Sanierung stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Timm  
Präsident des Verbandes Fenster +  
Fassade (VFF)



Frank Lange  
Geschäftsführer des Verbandes Fenster +  
Fassade (VFF)

Der Verband Fenster + Fassade (VFF) mit Sitz in Frankfurt am Main vertritt die führenden Hersteller von Fenstern, Türen und Fassaden sowie deren System- und Handelspartner und Montagebetriebe in Deutschland. Als materialübergreifender Verband vertritt der VFF die Interessen von rund 400 Firmen aus der Fenster- und Fassadenbranche. Die Mitgliedsbetriebe decken einen Marktanteil von ca. 65 Prozent des jährlichen Absatzes von Fenstern in Deutschland ab. Nach der letzten Strukturanalyse des VFF aus dem Jahr 2016 umfasst die gesamte Branche mehr als 100.000 Beschäftigte. Der Gesamtumsatz betrug 2015 rund 10,9 Milliarden Euro.